

Abonnements:
Monatlich 50 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.
Telegraphen-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hanja 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die Spalte, Petitionen 15 Wg.,
bei Wiederholung halbiert nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden abgegeben
sein. Schluss der Inseratannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.
Postfachkonto 523.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrstr. 49, Telephon 1026 - Expedition: Wehrstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Mäler.
Verlag der Volksstimme Mäler & Co. - Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., in Frankfurt a. M.

Nummer 303

Dienstag den 28. Dezember 1915

26. Jahrgang

Die englische und französische Regierung gegen sozialistische Vermittlungsversuche.

Die Minderheit.

Von einem Frankfurter Parteigenossen.

Nachdem nunmehr die Minderheit in voller Freiheit der Rede im Reichstag gesprochen hat, ist es möglich, daß sich auch der Außenstehende ein Urteil über die eigentlichen Gegensätze bildet, die Mehrheit und Minderheit in der Partei entzweiten. Nach der ganzen Haltung der Minderheit, nach ihren Äußerungen und Andeutungen in der Parteipresse mußte man annehmen, daß ein tiefergehender Zwiespalt in den Grundanschauungen über die Stellung der Partei zum Kriege bestünde, ein Zwiespalt, der die Weltanschauung des Sozialismus selbst berührte. Die Erklärung, die Genoss. Geyer im Namen der Minderheit abgegeben hat, zeigt, daß die Annahme unbegründet ist. Wenn man sie nämlich in ihren grundsätzlichen Teilen prüft, so ist man erstaunt zu sehen, daß ein Widerspruch in den Grundanschauungen der beiden Gruppen überhaupt nicht besteht.

„Wie wir Eroberungspläne, die von Regierungen und Parteien anderer Länder aufgestellt werden, mit aller Kraft bekämpfen, so wenden wir uns mit derselben Entschiedenheit auch gegen das verhängnisvolle Streben der Annexionspolitiker unseres Landes, die in gleicher Weise wie jene das härteste Hindernis für die Einleitung von Friedensverhandlungen sind.“ „Erfolgreiche Friedensverhandlungen sind... nur möglich auf der Grundlage, daß kein Volk bergewaltigt, daß die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit jedes Volkes gewahrt, daß allenfallsigen Eroberungsplänen jeder Art entsagt wird.“ „Unsere Landesgrenzen und unsere Unabhängigkeit sind gesichert, nicht der Einbruch feindlicher Heere droht uns.“

Die nationale Auffassung ist also in beiden Gruppen ein und dieselbe: Mehrheit und Minderheit bekämpfen „mit aller Kraft“ die Eroberungspläne der Regierungen und Parteien anderer Länder, sie erkennen als Grundlage an, daß die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit jedes Landes gewahrt wird. Die Minderheit hat damit vor aller Welt in völliger Freiheit ohne irgend welche Einschränkungen den Grundgedanken anerkannt, den die Mehrheit von vornherein ausgesprochen hat, daß die Selbstbehauptung des deutschen Volkes in der Welt gegen Eroberungspläne des Feindes auch ein Gebot der deutschen Sozialdemokratie sei. Was verschieden ist, ist also keine Grundanschauung und keine Gesinnung, sondern nur die taktische Haltung und Einschätzung der politischen Lage. Die Mehrheit bewilligt die Kredite, weil sie jenen Grundgedanken anerkennt, die Minderheit lehnt ihn ab, obwohl sie ihn anerkennt.

Es scheint uns wichtig, diese für viele Genossen vielleicht überraschende Einmütigkeit in der grundsätzlichen Frage festzuhalten. Denn es ergibt sich daraus ein doppeltes. Es muß jedermann klar sein, daß der Kampf zwischen Mehrheit und Minderheit kein Kampf um sozialistische Prinzipien ist, sondern nur um die taktische Haltung, das heißt um Folgerungen, die aus beiderseits anerkannten Grundgedanken und aus der Bewertung einer vorhandenen politischen Lage zu ziehen sind. Wenn die Mehrheit die Kredite bewilligt, um die Eroberungspläne der Gegner, die auch sie als gegeben annehmen muß, mit aller Kraft zu bekämpfen, so ist das ebenso wenig unsozialistisch, wie die Ablehnung der Kredite zum Zwecke einer Mißtrauenskundgebung in die Ziele der deutschen Kriegspolitik. Es kann sich nur fragen, welche Aktion politisch richtig, das heißt zur Erreichung des allgemein anerkannten Ziels angemessen ist. Es sollte deswegen, nachdem die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen Mehrheit und Minderheit feststeht, der Boden für jeden weiteren Zwiespalt in der Partei entfallen sein, der darin seine Wurzeln hat, daß der sozialistische Wille der einen oder anderen Gruppe, als ob es sich um verschiedene Glaubenslehren handelte, angezweifelt wird. So aufgeschoben braucht uns die Erklärung der Minderheit nicht zu spalten, sie kann uns näher bringen.

Aber weiter meinen wir, daß die Minderheit noch ihrer Erklärung ein weiteres Sondervorgehen schwerlich verantworten kann. Wir sehen hierbei von der Frage des formalen Disziplinierungs ab. Er mag vielleicht ein gutes haben, wenn er in allen Parteifreien die lebhafteste Empfindung fördert, daß es nicht nur einen Weg, sondern vielleicht auch mehrere Wege zum Sozialismus gibt, und daß das moralische und intellektuelle Bewußtsein der einzelnen, daß ihnen zu reden gebietet, selbst wenn es den Parteitraditionen widerspricht, auch für uns das höchste Gut ist. Was wir meinen ist dieses: Wenn kein Streit in der Grundanschauung besteht, wie sich jetzt gezeigt hat, so muß auch der Weg zu einer Verständigung im tatsächlichen Vorgehen zur Erzielung des Friedens möglich

sein. Mehrheit und Minderheit werden sich darüber klar sein, daß Parteispaltung nutzlos ist, daß eine wirksame politische Aktion nur gedeihen kann, wenn sie von der geschlossenen Parteieinheit getragen ist. Was wir brauchen, ist die Klarheit der deutschen Kriegsziele, die Klärung der öffentlichen Meinung, von der längst der Vertreter der sozialistischen Regierung als einer Voraussetzung eines Versuchs zu einer Friedensvermittlung gesprochen hat. Wir können nicht anders zum Frieden kommen, so scheint es uns, als bis durch die politische Arbeit in den Parlamenten in allen wesentlichen Beziehungen Klarheit im Kriegsziele erreicht ist. Diese Klarheit heißt nicht etwa ein Bekenntnis zur Riefenstichformel der Nichtannexion. Wir müssen viel deutlicher fragen, um deutliche Antwort zu erhalten. Wir müssen wissen, wie unser Verhältnis zu Frankreich, was die Freiheit der Meere ist. Und sollten sich Mehrheit und Minderheit nicht in einem solchen politischen Zusammengehen finden können? Die Verantwortung ist ungeheuer, das Ziel, um das es sich handelt, das größte. Da müssen Sonderwünsche und Sonderanschauungen zurücktreten, und alle der einheitlichen politischen Kraft der Partei dienen. Dem Außenstehenden muß es als eine der dringendsten Pflichten der Gruppen im Reichstag erscheinen, eine Verständigung über die Fortsetzung der Friedensaktion zu suchen, nachdem eine verschiedene Grundanschauung sie nicht trennt. Eine Spaltung der Fraktion in dieser Zeit mit diesen Aufgaben muß der Masse als ein Verbrechen erscheinen, das allein auf ihre Kosten gegangen wird.

Der Frankfurter Genosse hat durchaus recht in der Schlussfolgerung aus den vorliegenden Erklärungen, aber außer diesen Erklärungen existiert manches Unausgesprochene oder doch manches, was nicht klar formuliert wurde. Ganz abgesehen davon, daß es Minderheitsvertreter gibt, die meinen, gegen das eigene Land und gegen Annexionspolitiker im eigenen Land habe sich vorwiegend die sozialistische Kritik und Abwehr zu richten (etwas, was ja schließlich auch unter dem Gesichtspunkt der Taktik fallen kann), gibt es auch Abgeordnete, die die Parteispaltung als unvermeidlich, notwendig und wünschenswert bezeichnen, weil die grundsätzlichen Auffassungen in keiner Weise übereinstimmen. So schreibt Rühle in der „Vernünftigen Volkszeitung“ (wir müssen allerdings, da das Blatt uns nicht zur Hand ist, nach anderen Blättern zitieren), die Spaltung sei nach dem Sonderausstreichen der Fraktionsminderheit im Reichstage unvermeidlich geworden. Er wisse, daß in der Partei viele Tausende mit ihm die Spaltung der Fraktion sehnlichst herbeiwünschten. Sie begründen das jetzt eingetretene Ereignis als einen verheißungsvollen Aufschwung, ja sie hätten die unausbleibliche Spaltung auch der Partei zur Vorbedingung für ihre fernere Betätigung als Kämpfer in den Reihen der Sozialdemokratie gemacht.

Anerkannt sei, daß auf der rechten der Partei der Anfang gemacht wurde mit Spaltungswünschen: Rühle hat die Riefenstich, Rühle und Genossen symbolisch aus der Partei ausgewiesen, ja mit dünnen Worten ihre Abstoßung verlangt. Von rechts und links hat man schwer gejubelt. Das geschah besonders durch ein vorzeitiges und klüßes Schlussfolgern aus noch gar nicht klar zu übersehenden Teilerklärungen des Krieges, deren eine Seite offensichtlich betont, die andere übersehen wurde. Wie er die Dinge sehen wollte, so nahm der einzelne zu ihnen Stellung. Die alte Erkenntnis, daß in jedem Ding zwei Entwicklungsmöglichkeiten stecken und daß die Entwicklung sich in Gegensätzen vollzieht, geriet dabei unter die Räder.

Mit all dem wird, wenn erst wieder Redefreiheit besteht, die Partei kritisch abrechnen müssen. Aber bis dahin muß allerdings politisch etwas geleistet werden. Die Herausarbeitung der Kriegsziele, wozu die Freigabe der Presseerörterung gehört, ist die Aufgabe des Tages. Zu ihrer Lösung können sich Mehrheit und Minderheit zusammenfinden. Wer wollte bestreiten, daß dabei eine größere Übereinstimmung etwa zwischen Bernstein und Scheidemann, als zwischen Bernstein und Rühle sich ergeben wird?

Nur Notiz nehmen wollen wir von einer recht zuwideren Polemik, die zwischen Parteivorstand und „Vorwärts“ (teilweise auch „Leipz. V.-Z.“) im Gange ist. In Nr. 296 brachte die „Volksstimme“ den Aufruf, aus dem Bureau des Parteivorstandes: „Es geht um die Einheit der Partei. Die Formel „aus dem Bureau des Parteivorstandes“ ist von jeher üblich; sie sagt: nicht eine Sitzung des Gesamtvorstandes hat den Aufruf beschlossen, sondern die auf dem Bureau anwesenden Vorstandsmitglieder haben sich darüber geeinigt. So etwas läßt sich anfechten, aber wer, wie der „Vorwärts“,

seit Jahren nie daran Anstoß nahm, der brauche es auch jetzt nicht. Jedenfalls: die „Volksstimme“ brachte den Aufruf und eine sachliche Kritik seines Inhalts. Die „Leipz. Volksztg.“ brachte ihn und redete von Mißbrauch. Der „Vorwärts“ aber brachte den Aufruf nicht, wohl aber eine mißbilligende Kritik. Worauf (nun in aller Form) der Parteivorstand dem „Vorwärts“ ins Album schrieb:

Den Artikel selbst druckte der „Vorwärts“ nicht ab. Den Lesern des „Vorwärts“ soll unmöglich gemacht werden, sich über Inhalt und Tendenz des Artikels ein eigenes Urteil zu bilden. Mit dem Nichtabdruck des Artikels weicht die Redaktion allerdings nur dem seit Beginn des Krieges geübten Grundsatz treu, das Material, das die Auffassung der Mehrheit der Partei und der Fraktion enthält, nach Möglichkeit den Berliner Genossen vorzuenthalten. Dieses Verfahren ist um so verwunderlicher, weil der „Vorwärts“ auf Grund des Organisationsstatuts immer noch den Namen des Zentralorgans führt, weshalb die Redaktion schon deshalb die Verpflichtung hätte, die von der Fraktions-, Parteivorstands- und Parteiauswahl-Mehrheit vertretene Auffassung in dem Zentralorgan auch ausreichend zum Worte kommen zu lassen. Wenn der „Vorwärts“ deshalb voll Enttäufung in seinem Artikel vom 23. Dezember 1915 von Parteifreien, die unangenehm den Meinungsstreit vergrößern, schreibt, wenn er sich gar auf „das politische Lohngeld“ beruft, wenn er noch einen „offenen, freien Kampf mit ehrlichen Waffen“ schreibt, so hat er dazu kein Recht, weil seine ganze Redaktionshaltung eine hohe auf jede anständige Kampfesweise ist und deshalb so ideale Forderungen in seinem Munde nur inalkoholische Phrasen sind, gerade gut genug dazu, demagogischen Zwecken zu dienen.

Schließlich sagt der Vorstand, die Auffassung des „Vorwärts“ stehe „im strikten Gegensatz zu der unter der Leitung von Singer und Bebel eingeführten Praxis, nach der, sobald im Vorstand eine Angelegenheit durch Mehrheit entschieden ist, der Vorstand den Beschlüssen gemäß nach außen geschlossen auftritt.“

Nur zur Information bringen wir diese Aussagen. Erbeulisch ist der Streit nicht, aber die Partei wird auch darüber hinausgekommen.

Sozialistische Verständigungsversuche.

Aus dem Bureau des sozialdemokratischen Parteivorstandes wird uns geschrieben: In der Presse werden allerlei Mitteilungen gemacht über eine im Haag abgehaltene sozialistische Friedenskonferenz. Wichtig ist an diesen Mitteilungen nur, daß die Genossen Ebert und Scheidemann als Vertreter des Parteivorstandes am 22. Dezember im Haag mit den holländischen Mitgliedern des Exekutivkomitees des Internationalen Sozialistischen Bureaus eine informatorische Aussprache gehabt haben.

Die „Voss. Ztg.“ läßt sich aus Kopenhagen berichten: Die sozialistische Partei sowie die vereinigten Gewerkschaften Dänemarks beabsichtigen, zur Aufrechterhaltung der internationalen Beziehungen, zwei Vertreter, nämlich die Herren Stauning und Sæbø, nach England zum Besuche der dortigen Arbeiterverbände zu entsenden, doch verweigerten ihnen das englische Konsulat und die englische Gesandtschaft in Kopenhagen die Pässe, weil sie annehmen, daß die beiden Sendlinge die Reise zu Friedenszwecken benutzen wollten. Auch das französische Konsulat und die französische Gesandtschaft stellt ihnen keine Pässe aus. Stauning, welcher Geschäftsführer der dänischen Sozialdemokratie ist, wollte vor einigen Wochen unbeanstandet in Deutschland. Daß England und Frankreich solche Besuche bloß wegen etwaiger Friedenserörterungen scheuen sollten, ist weniger wahrscheinlich, als daß sie durch einen neutralen Besuch eine unerwünschte Verbreitung der Wahrheit über die Kriegslage fürchten.

Wie sehr gerade die französischen Sozialisten einer ungeschminkten Darstellung der Lage bedürftig und wie trefflich der Besuch der beiden dänischen Genossen der Annäherung des Friedens hätte dienen können, das läßt der unten folgende Bericht vom französischen Sozialistenkongress wenigstens ahnen.

Vom Pariser Sozialistenkongress.

Paris, 27. Dez. (W. A. Reichenthal.) Dem Pariser Sozialistenkongress wohnten, wie der „Temps“ meldet, außer den Ministern Guesde, Sembat, Albert Thomas und Derré und der belgische Minister Vandervelde bei. Der Deputierte Brade forderte die Wiederherstellung eines einzigen politischen Leiters als Ersatz für Nord. Die Generaldiskussion drehte sich um die Partei in ihrer Stellung zum Kriege. Der Deputierte Comperre-Morel besprach die Frage unter dem Gesichtspunkt, daß die Partei wie unter Jaurès und Bouillant die Teilnahme an der nationalen Verteidigung immer als

ihre Pflicht ansetzen mußte. Medner verweist auf die Scheitern der Partei in Teute, die den Frieden durch den Sieg wollen, und solche, die nicht mehr glauben, daß der Sieg errungen werden könne. Zum Schluss rief er aus: Sie, die Sie von Frieden sprechen, werden den Schrecklichsten Schlag gegen die Republik führen und gegen die nationale Verteidigung. Außerdem werden Sie für den Sieg der Alliierten streiten. Kämpfen Sie für die soziale Revolution. Der folgende Medner forderte eine bessere Organisation der nationalen Verteidigung, die Entsendung parlamentarischer Kommissäre zu den Seestreiten und die Bildung eines Komitees für das öffentliche Wohl. Bourdeton reklamierte das Recht für Zusammenkünfte mit deutschen Sozialisten unter dem Hinweis, daß schon vor der Zimmerwalder Konferenz die Deutschen Kautsky und Longuet mit Bernstein und Kautsky zusammengekommen seien. Er verlangte die Motive für diese Zusammenkünfte zu wissen, sowie, wer der Urheber davon war. Medner schloß unter der Versicherung, daß, unter Billigung oder nicht, er und seine Freunde ihr Werk fortsetzen würden. — Dem „Petit Parisien“ zufolge formulierte Compère-Morel die Frage betreffend den Frieden folgendermaßen: Wenn die Alliierten aber militärische, finanzielle und wirtschaftliche Hilfsmittel besitzen, um die nationale Verteidigung zu einem guten Ende zu führen, nichts von Frieden oder von Friedensverhandlungen; wenn nicht, sofort Frieden oder wenigstens nicht die Ehren verschleichen vor Friedensgerichten.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe enthalten.)

Großes Hauptquartier, 27. Dez. (H. A. Anstich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein von den Franzosen nordöstlich von Reubilly vor unserer Stellung geplanter Trichter ist von uns besetzt. Eine feindliche Sprengung auf der Combres-Höhe richtete nur geringe Beschädigungen an.

Sonst keine Ereignisse von Bedeutung.

Ostlicher und Balkankriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Seeresleitung.

Vom Krieg mit Italien.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht meldet: „Die Tätigkeit der italienischen Artillerie gegen die Tiroler Südfrent war gestern wieder lebhafter. Bei einem Gefechte, das auf den östlichen Begleitbühnen des Etsch-Tales südlich Rovereto stattfand, verlor der Gegner 200 Mann an Toten und Verwundeten. An der Sonzogfront vereinzeltes Geschützfeuer.“

Cadornas Bericht lautet: „In den Indurien eröffnete unsere Artillerie am 26. das Feuer gegen die Stellungen in der Umgebung von Colonna, auf denen feindliche Batterien gemeldet worden waren. Ihre gutgezielten Schüsse riefen starke Explosionen und einen Brand hervor. Die Tätigkeit unserer kleinen Abteilungen in den Tälern des Comera (Etsch) und des Waggio (Brenta) führte zu für uns günstigen Zusammenstößen mit dem Gegner, dem wir einige Gefangene abnahmen. Auf dem Markt wurde ein feindlicher Angriffsversuch in der Nacht vom 25. zum 26. durch das Feuer unserer Truppen zum Stehen gebracht.“

Aus Bern erfährt das „Berl. Z.“: Aus Norditalien eingetroffene Reisende schildern die Verwirrung des Geistes infolge der Schreckensherrschaft der Polizei und der Zensur als unglaublich. Wenn auch die Wälder täglich das Gegenbild zeigen, so sei die Kriegsunlust doch allgemein. Wäre der richtige Mann da, sagen die in sämtlichen Volksschichten bewanderten Gesprächspartner, so würde Italien trotz des Londoner Vertrages Frieden schließen. Aber ein solcher Mann

ist nirgends zu erspähen und von Giolitti darf man heute gar nicht mehr reden.

Wichtige Stimmungsberichte kommen auch von anderer Seite. Die Zerstörung des Handels und die hunderte von Millionen betragenden Verluste des Hotelgewerbes, überhaupt die ganze als Folge des Krieges eingetretene soziale Misere erregt in Italien wachsenden Unmut. Ein Zeitungsartikel des „Popolo d'Italia“ geißelt mit scharfen Worten die Zunahme der italienischen Friedenspropaganda. Das Heftblatt erklärt dann, es sei töricht, wenn viele Leute sich beschweren, daß die Italiener nicht einmal Herz genommen haben. Diese Leute werden nicht einmal zufrieden sein, wenn wir Triest haben. Wo sind denn die großen Eroberungen unserer Verbündeten. Das einzige Meer, das 1915 in feindliches Gebiet eindrang und Hindernisse überwand, die kein anderes Meer der Welt überwinden konnte, war das italienische. — Salandra sandte an die Präfecten ein Rundschreiben, in dem er sie auffordert, strengste Maßnahmen zur Unterdrückung der Drückbergerei zu treffen.

Salonik.

Das Athener Blatt „Kritika“ meldet, daß zwischen den Regierungen der Mittelmächte und Griechenland ein Abkommen getroffen worden sei, das für den Fall der Verfolgung der französischen Truppen auf Salonik die Unverletzlichkeit des griechischen Gebietes sichert.

Das Budapest Blatt „Magyar Nemzet“ berichtet aus Salonik: Von kompetenter Seite erfahre ich, daß die Ententetruppen mit den Deutschen, Seren, Bulgaren und Ungarn auf den Höhen von Kilkis einen Entscheidungskampf schlagen wollen. Auf der Grenze herrscht Ruhe. Die Engländer arbeiten scheinbar an der Verstärkung der Befestigungen von Salonik und Umgebung. Sie konzentrieren bedeutende Truppenmassen auf den Höhen von Kilkis, Langa und Soladon. Kilkis wird auch eine Basis für Luftstationen werden. Mit dem Bau der Luftschiffhallen ist bereits begonnen worden. Die Franzosen landen in Salonik fortgesetzt schwere Geschütze.

Nach einer Meldung desselben Blattes aus Sofia ist der Personenverkehr mit Salonik auf der Bahnlinie Adrianopol-Philippa wieder aufgenommen worden. Die Reisenden müssen jedoch eine Legitimation vom Sofiaer Militärkommandanten besitzen.

In Salonik nimmt die Not der Zivilbevölkerung zu. Griechenland ergriff Maßnahmen, damit die Ententetruppen nicht alle Lebensmittel wegnehmen.

Endlich läßt „Magyar Nemzet“ sich aus Sofia folgende laus noch nicht bestätigte Meldung drucken: Dem bulgarischen Regierungsorgan „Narodni Proba“ zufolge teilte der griechische Gesandte in Sofia im Namen der griechischen Regierung mit, Griechenland erhebe keine Einwände mehr dagegen, daß bulgarische Truppen auf griechisches Gebiet vordringen, wenn dies im Interesse einer Zusammenwirkung mit den Verbündeten unumgänglich notwendig sei. Ministerpräsident Radoslawow nahm diese Mitteilung mit Anerkennung zur Kenntnis und betonte wiederholt, daß Erdreine bulgarischer Truppen auf griechischen Boden widerstrebe keineswegs den griechischen Interessen, sondern diene in erster Linie den gemeinsamen Zielen beider Völker. Diese Meldung soll man sehr skeptisch aufnehmen.

Die Lage in Aegypten.

In einem in der Turiner „Stampa“ veröffentlichten Brief aus Kairo wird bestätigt, daß die Lage an der ägyptischen Westgrenze bedrohlich sei. Da der Groß-Sennus sich offenbar jetzt gegen Aegypten lehre. Allein bei Sollum seien 8000 mohammedanische Krieger konzentriert. Wie es an anderen Punkten der ägyptischen Grenze hünne, sei nicht bekannt. In dem Blatte heißt es weiter: Nach dem Anmarsch auf Sollum durch die Sennusen zog sich die Engländer nach Marsa Matruh, etwa 70 Kilometer von der Endstation der Fokas der Eisenbahn Alexandrien-Mariut entfernt, zurück. Zwischen Bir Fokas und Marsa Matruh wird die Verbindung durch Automobile aufrecht erhalten. Das englische Hauptquartier lagerte den Entschluß des Rückzuges auch aus dem Grunde, um einen offenen Konflikt mit dem Groß-Sennus Sared Ahmed el Sherif, mit dem es in ausgezeichneten Beziehungen steht, zu vermeiden.

Sier fügt die „Stampa“ die Bemerkung hinzu, daß der Groß-Sennus nach anderen in Italien eingetroffenen Nachrichten die Regierung an seinen Reffen Sayed Adrik abgetreten habe.

Vom Unterseeboot- und Handelskrieg.

Das Neutische Bureau meldet, aus den Schiffsstatistiken gehe hervor, daß die Verluste der britischen Handelsflotte, die man auf 10 Millionen Pfund eingeschätzt habe, während der letzten 16 Monate nur 2 732 000 Pfund oder 6 Prozent des Wertes der britischen Handelsflotte betragen hätten.

Das Neutische Bureau vergleicht, die viel größeren Schäden anzuführen, die durch Verteuerung der Frachten infolge gesteigerter Risiken entstanden sind.

Als neu versenkt werden gemeldet der englische Dampfer „Gadlen“ und das französische Fabelboot „Bille de la Cistat“ (Messageries Maritimes, 6738 Tonnen).

Zum Untergang des Dampfers „Asaka Maru“ wird der „Kölnischen Zeitung“ mitgeteilt: Für die englische Geldpolitik ist die Versenkung des Postdampfers „Asaka Maru“ im Mittelindischen Meer ein schwerer Schlag. Die japanische Finanzkonferenz im Dezember hatte beschlossen, von den griechen Regierungsguthaben zunächst 40 Millionen Gold aus London zurückzugeben, um Transportwagen für den amerikanischen Verkehr dringlich gebraucht würde. Mit Rücksicht auf die Unterseeboote wurde die Sendung auf mehrere Postdampfer verteilt. Einer davon ist jetzt also untergegangen. Nicht nur, daß die britischen Versicherer für den Verlust aufkommen haben. Die Bank von England muß diese Millionen an Gold zum zweiten Male begeben. Vor allem aber wird der Ältere Reichsrat der japanischen Regierung, wegen der gefährlichen Verbindung mit London bei allen Lieferungen für den Dreierbund die Zahlungen in New York oder Tokio statt wie früher selbstverständlich in London zu veranlassen, von jetzt an um so strenger durchgeführt werden. Unser Torpedoschiff hat das Londoner Wirtschaftsleben an der verunsichernden Stelle getroffen.

Der „Berl. Vol.-Anz.“ berichtet aus Amsterdam: An Bord des jetzt hier eingetroffenen holländischen Dampfers „Zu de Nijla“ ist schon auf der Reise von Rotterdam nach Buenos Aires der Diebstahl einer Kiste mit englischen Gold in Werte von 100 000 Mark entdeckt worden. Im Ganzen befanden sich fünf Kisten mit Gold an Bord. Alle Nachforschungen sind ergebnislos. Dazu melden die Amsterdamer Blätter, daß die ganze für die Niederlande bestimmte Post aus Südamerika von den Engländern von Bord des Dampfers „Tubania“ geholt wurde. Also England benützt den holländischen Dampfer und mißhandelt gleichzeitig die Interessen Hollands. Wenn Holland sich das gefallen läßt...

Weiter ist im Haag ein Bericht eingetroffen, in Rotterdam sei am Donnerstag von einem aus Amerika nach Rotterdam zurückkehrenden holländischen Dampfer die aus etwa 800 Säcken bestehende Post von Vordgchoft worden. Auch von dem am Montag in Rotterdam angekommenen Dampfer „Christian Michelsen“ seien bei Dordrecht 40 Säcke holländische Post von Bord geholt worden.

Die Mißstände im Transportwesen Frankreichs

Schildert das „Journal“ unter dem Titel „Vor einer drohenden Katastrophe“: Die Krise ist härter als jemals. Wir stehen am Vorabend schrecklicher Katastrophen, nämlich der Schließung von Tausenden von Handelshäusern aus Mangel an Transportmitteln, die Hunderttausenden Arbeit und Unterhalt geben. Der Kriegsminister muß unverzüglich allen Bezirkskommandanten den Befehl geben, die gesamten Arbeitsmannschaften sofort zur Verfügung des Bahnhofsvorstehers zu stellen, um die Bahnhöfe frei zu machen, wobei Gefangene, Detachmenten und zum Hilfsdienst kurz jeder Entbehrliche brauchbar sei. Das muß sofort geschehen, sonst verlieren wir die größte Schlacht des Krieges, die Schlacht gegen uns selbst.

Teilung der Verwaltung in Russisch-Polen.

Zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist eine Vereinbarung getroffen worden über die Verwaltung der besetzten Gebiete Russisch-Polens. Die österreichische Presse ver-

Seuilleton.

Hinter der Westfront.

Bilder von einer Liebesgabenfahrt.

III.

Französische Flieger kreisen über uns an dem schönen Sonntag, an den ich einen Teil der Frankfurter Truppen in ihren Quartieren besuchte, und sie zogen auch ihre Straße über Ville, das ich auf der Fahrt nach Brüssel passierte und mit seinen Häusertrümmern ein Bildnis anah. In einer Ecke ist ein Artilleriegeschütz senkrecht von oben in ein Geschäftshaus gefahren und hat alle Ecken des Hauses mit dem einen Ende in den Schnitt gedrückt, wie Hölzer aus einer Streichholzschachtel, so daß sie mit dem anderen, emporgeschobenen Ende in freier, freier Anordnung am Himmel stiegen. ... Das bizarre Bild wird belebt durch einen regen militärischen Verkehr: Vile liegt in der Reichweite der größten englischen Kanonen. Neulich schossen die Geener auf die Zitadelle. Da ließ man in der Stadt wissen, daß unsere Soldaten Bürgerquartiere in der Stadt beziehen würden, sobald weiter geschossen würde. ... Das hat gewirkt. Jetzt haben wir Ruhe. ... So spielen selbst an der Front wirtschaftliche und soziale Rücksichten auf die Bevölkerung eine sehr verständlich große Rolle.

Die wirtschaftliche Versorgung des besetzten Gebietes in Nordfrankreich — von Belgien berichtet ich besonders im nächsten Briefe! — geht auf drei Ebenen vor sich. Die Truppen natürlich werden bis weit zurück in die letzte Etappe von unserer Armeelieferantur besorgt. Der emeritische Armeelieferant der Armeekorps, die hier in Betracht kommen, gab mir in einem ausführlichen Vortrage sehr interessante Einzelheiten darüber. Ihn hindern keine Bedenken und Rücksichten. Er hat feste zugegriffen und neben der Zufuhr aus der Heimat die Selbstherzeugung und Verteilung kräftig organisiert und damit die Heimat weitestläufig entlastet. Er verfügt über Schlächtereien, Mühlen, Bäckereien, Brauereien und Konfektfabriken, die er alle erst für den deutschen Heeresbedarf einrichtete. Er hat Hunderttausende von Faktoren landwirtschaftlich bestellt und weiß nach seiner statistischen Uebersicht

ganz genau, was er zu ernten hoffen kann. Er wirtschaftet durchaus im Regiebetrieb und ist eben dabei, das letzte private Marktenberggeschäft abzuschließen. Die große Kriegsmarktfeder im Etappenort keines Tages, ein Warenhaus größten Stils, hat sich in den Neubau eines solchen ehemals französischen Geschäfts an der Hauptstraße der Stadt einquartiert und arbeitet flacker wie Bronzer. Es ist ein prächtiges Bild. Offiziere wie Mannschaften in diesen Tagen vor dem Fest ihre Einkäufe ohne jede Verzögerung dort in der gleichen Weise machen zu sehen. Das schwärmt wie in einen Bienenkorb aus und ein. ... Die Geschäfte der Truppenkassen, auf die Weihnachtsbesuche verladen werden, halten vor dem Hauptsteil mit ihren dicken Fahrergeräten im grauen Mantel so malerisch, wie vor dem Gattos eines Landstättchens zum großen Markttag. ... Weichheitslose französische Jungen und Arbeiter, lebhaft lächelnd und gesittet, helfen aufräumen und auf Karren forttragen, ohne Feindseligkeit und Groll, in Arbeit mit den deutschen Mannschaften vereint. ...

Davon wird aber die Zivilbevölkerung der besetzten nordfranzösischen Striche nicht laß. Für sie sorgen die Gemeindevorstände mit Unterstützung der bekannten amerikanischen Hilfskommission (commission of relief) und des nationalen belgischen Komitees. Nicht sehr systematisch und regulär aber doch nach Möglichkeit. Die Amerikaner importieren ihre Feldfrüchte und die französischen Gemeinden kaufen dazu was sie kriegen können und verteilen ganz mechanisch. Von dem Vorrat, der gerade da ist, werden die Nationen pro Kopf berechnet, die deshalb zu verschiedenen Zeiten ganz verschieden ausfallen. Diese Portionen darf sich dann arm und reich gleichmäßig bei den Häden, die die Stadt bestimmt, gegen vorgedruckte Karte holen, in die der jedesmögliche Bezug zur Kontrolle eingetragen wird. An dem Etappenort in Nordfrankreich, in dem wir wohnen, war auch die schmale kleine Markthalle zur Ausstellung zur Hilfe genommen. Der Direktor, der in einem Verfallag seines Amtes wartete, gab mir sehr freundliche Auskunft. Die Zugänge zu den Warenständen sind sehr prächtig abgemalt, ebenso der Austritt aus der Halle, so daß keinerlei Gedränge entstehen kann und sich alles rasch abwickelt. Der Frankfurter Stadtverwaltung als Muster empfohlen! Da haben sich blasse Arbeiterfrauen, Dienstmädchen und Damen ruhig hintereinander bis zur

Verkaufsstelle. Für den 17. bis 21. Dezember waren zu haben pro Kopf 500 Gramm Reis zu 30, 250 Gramm Speck zu 55, 250 Gramm Schweinefleisch zu 45, 250 Gramm grüner Kaffee zu 45, 500 Gramm Linsen zu 35 Centimes, 500 Gramm Salsfleisch zu 1 Fr., 500 Gramm Salz zu 5 und 150 Gramm Seife zu 15 Centimes. Preise, die durchaus erträglich genannt werden können. Kartoffeln wurden an dem Tage, an dem ich die Markthalle besuchte, zu 6 Hilo pro Monatsration an Jedermann gratis abgegeben! Für Ende Dezember war durch Anschlag angekündigt der Verkauf von Zucker, Schokolade, geröstetem Kaffee, Streichhölzer, Kerzen und Glasgegenständen. Die Preise und Nationen waren noch nicht mitgeteilt. Offenbar waren dies die Dinge, die augenblicklich fehlten, aber für das französische Neujahr, das unserem Weihnachtsent entspricht, beschafft wurden. Fleisch ist rar. Die deutsche Intendantur gestattet soviel Schinken und Schafe zu schlachten, daß dreimal wöchentlich 150 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung verteilt oder verkauft werden können. Milch wird in Portionen von 1/4 Liter pro Kopf und Tag auf dieselbe Weise beschafft. Die Ältesten leiden natürlich auch hier am meisten. Wir haben jämmerliche Gestalten von waterlosen Kindern und Frauen durch die Straßen gehen, während das Begräbnis einer wohlhabenden Dame, das während meines Aufenthalts im Etappenort stattfand, die gute Gesellschaft des Ories wohlgenährt und gut gekleidet hinter dem Sarge bereinigte. ...

Um aus französischem Munde zu hören, wie die Versorgung klappt, stieg ich im alten Rathaus, einem schmucklos ausgelassenen Gort, die kleine Schar der Bürgermeister der Stadt von 60 000 Einwohnern empor. Meine Abgeordneteneigenschaft öffnete mir schnell die Türen und verschaffte mir die liebenswürdigste Begrüßung durch den Maire, dessen hohes Amtszimmer durch den üblichen, mächtigen Kamin geschmückt war. Ein gewandter und gesprächiger älterer Herr, mit dem freundlichen Gesicht des wohlgenährten französischen Bonhomme und kurzem silbernen Lockenhaar, bestrebt, mich zu unterrichten und mich auch als „Gegner“ einige Liebenswürdigkeiten zu sagen. Ich fragte ihn, welcher Farbe die Gemeinderatsmehrheit ist. Früher sozialistisch, jetzt bürgerlich-republikanisch. „Ich bin die Straße für die Arbeiter“, sagt der Bürgermeister. „Sie haben sich nicht so betrogen, wie sie sollten, und nun bin ich